*taz.die tageszeitung

taz.die tageszeitung vom 10.09.2019, Seite 7 / Inland

"Geld ist nicht unser Problem"

Seine Partei war beim Klimaschutz zu langsam, sagt Übergangs-SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel. Was schlägt er vor? Interview Malte Kreutzfeldt und Stefan Reinecketaz: Herr Schäfer-Gümbel, ist es nicht seltsam, dass Olaf Scholz den Klimaschutz pünktlich vor dem 20. September entdeckt, an dem die Groko ein Klimaschutzgesetz verabschieden will? Thorsten Schäfer-Gümbel: Wir müssen am 20. September wichtige Entscheidungen treffen. Die Aufgabe ist nicht trivial. Die Koalition hat ein echt dickes Paket vor sich.

Scholz ist bisher nicht als Klimaschützer aufgefallen. Ist das glaubwürdig?

Fast alle Parteien sind in der Klimaschutzpolitik in der Vergangenheit zu selten aufgefallen.

Ist das eine Selbstkritik der SPD?

Ja, natürlich. Wir waren in den letzten Jahren zu wenig erkennbar bei der Verbindung von Arbeit und Umwelt. Das ist eine Zukunfts- und Menschheitsaufgabe, die wir mit neuer Ernsthaftigkeit angehen.

Was hat die SPD versäumt?

Die SPD ist die Partei der Arbeit und sozialen Sicherheit. Bergleute oder Kraftwerksmitarbeiter und ihre Familien wollen von der SPD wissen, wie es mit ihnen weitergeht. Für uns ist klar: Die ökologische und die ökonomische Perspektive gehören zusammen. Das macht Entscheidungsprozesse komplexer. Und da sind wir in der Vergangenheit zu langsam gewesen.

Über 20.000 Jobs in der Braunkohle wird jahrelang verhandelt, in der <mark>Solar</mark>- und Windbranche gehen sang- und klanglos weit mehr Jobs verloren. Warum?

Ich verstehe, was Sie meinen. Wir müssen den Deckel bei der Solarenergie heben. Aber es geht bei der Braunkohle nicht nur um 20.000 Jobs, sondern um Wertschöpfungsketten, von denen ganze Regionen abhängen. Ein Kohleausstieg vor 2038 wäre für den Klimaschutz besser. Aber dann sind auch die Konsequenzen benennen: schnellerer Netzausbau, schnellerer Ausbau der Erneuerbaren. Aber dazu müssen die Fragen der Speicherung und die Verteilnetzfrage geklärt sein. Außerdem müssten wir dann den Strukturwandel in den betroffenen Regionen noch schneller umsetzen, also neue Infrastruktur und Firmen ansiedeln.

Die SPD nimmt viel Rücksicht auf die Kohlekumpel - auch weil die sonst AfD wählen. Die AfD hat in der Lausitz trotzdem gut abgeschnitten. Führt die SPD da keinen aussichtslosen Kampf gegen einen Gegner, der den Klimawandel leugnet und bis in alle Ewigkeit Kohle fördern will?

Im Moment sind die Menschen mit Veränderungen konfrontiert und wissen nicht, ob das, was an Strukturhilfen zugesagt ist, auch kommt. Dieses Vertrauen müssen wir herstellen, es geht nicht um Ankündigungen, sondern um Taten. Deswegen ist das Klimaschutzgesetz auch so wichtig. Und deshalb sind die Eckpunkte zum Strukturwandelgesetz beschlossen worden.

Was muss denn aus SPD-Sicht auf jeden Fall beschlossen werden?

Ein Gesetz, das das Klima effektiv schützt und sozial gerecht ist. Es muss dabei eine CO₂-Bepreisung geben, das scheint ja weitgehend Konsens zu sein. Gleichzeitig damit müssen wir Ausgleichsmechanismen schaffen, damit Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen nicht benachteiligt werden. Aber der CO₂-Preis allein reicht eben nicht. Wir brauchen einen Kanon aus Ordnungsrecht, Förderprogrammen und Bepreisung. Der Instrumentenkasten, wie wir unsere Ziele erreichen wollen, muss konkret werden.

Dann werden Sie doch mal konkret. Was gehört dazu?

Wenn wir Elektromobilität wirklich wollen, müssen wir nicht nur mehr Ladesäulen fordern. Wir müssen auch festlegen, wer das macht. Im Moment gibt es da ein System der organisierten Unzuständigkeit. Und wenn wir wollen, dass Menschen auf den ÖPNV umsteigen, müssen wir den massiv ausbauen, gerade in ländlichen Regionen. Der ÖPNV muss preiswerter werden - etwa durch das 365-Euro-Ticket für ein ganzes Jahr.

Woher soll das Geld dafür kommen?

Ein Teil davon sollte aus der CO₂-Bepreisung kommen. Aber Geld ist im Moment nicht unser Problem, sondern dass es nicht genutzt und abgerufen wird. Wir müssen zudem die öffentliche Hand in die Lage versetzen, diese Investitionen auch zu machen.

Aber auch andere Teile des Klimapakets kosten. Die Union setzt lieber auf teure Förderprogramme als auf Verbote. Also: Woher kommt das Geld?

Geld für den investiven Bereich ist vorhanden.

Glauben Sie, dass wir wirksamen Klimaschutz mit einem ausgeglichenen Haushalt erreichen?

Ich halte es für sinnvoller, über höhere Steuern für Reiche zu reden. Mir wäre es recht, wenn wir die notwendigen Ausgaben auch durch eine Vermögensteuer und einen höheren Spitzensteuersatz finanzieren würden und nicht über neue Schulden.

Wenn die EU wirklich bis 2050 klimaneutral sein will, muss auch das Ziel für 2030 weit radikaler ausfallen als derzeit geplant.

Ja, wir werden uns sehr anstrengen müssen. Deswegen bin ich dafür, dass wir jetzt erst mal einen ordentlichen Einstieg machen. Und dann brauchen wir auf jeden Fall einen Mechanismus zur Evaluierung, in dem wir Jahr für Jahr prüfen, wo wir was für Nachsteuerungen brauchen. Darüber wird mit der Union noch zu reden sein.

Thorsten Schäfer- Gümbel, 49, ist kommissarischer SPD-Parteichef. Er teilt sich das Amt mit Manuela Schwesig und Malu Dreyer.







Die SPD muss liefern beim Klimaschutz: Fridays-for-Future-Demo vor dem Bundestag Karsten Thielker
Malte Kreutzfeldt

Stefan Reinecke

Quelle: taz.die tageszeitung vom 10.09.2019, Seite 7

Dokumentnummer: T20191009.5621160

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ 97d4b93d2910bcc1b4b84ec3ff246d644dc0be27

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH